



119/2004

Kiel, 20. September 2004

## Vorschau auf die Landtagssitzung: Aktuelle Stunde zur Bildungspolitik

Kiel (SHL) – *Eine umfangreiche Tagesordnung steht auf dem Programm der 46. Plenartagung, die am kommenden Mittwoch, 22. September 2004, um 10:00 Uhr beginnt. Drei Sitzungstage sind angesetzt, um alle Themen zu beraten.*

Am **Mittwoch, 22. September**, startet der Landtag mit einer bildungspolitischen Debatte. Der SSW im Landtag hat eine **Aktuelle Stunde** beantragt, um über die **Konsequenzen aus dem neuesten OECD-Bildungsbericht für Schleswig-Holstein** zu debattieren. Hintergrund ist die jüngst veröffentlichte Studie „Bildung auf einen Blick 2004“ der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Hiernach liegt Deutschland vor allem bei den Investitionen im Vorschulbereich und in Grundschulen, bei der Unterrichtszeit, aber auch bei den Absolventenzahlen der Hochschulen teilweise weit unter dem OECD-Durchschnitt.

Nächster Punkt ist ein CDU-Antrag, mit dem ein **Nachtrag zu den Haushalten 2004/2005** gefordert wird (Drs. 15/3660). Gemäß Landeshaushaltsordnung sind Nachträge zum Haushaltsgesetz sowie zum Haushaltsplan bis zum Ende des Haushaltsjahres in das Parlament einzubringen. Ende des vergangenen Jahres hatte das Landesparlament erstmals einen Doppelhaushalt für 2004 und 2005 beschlossen.

Die Beratung eines weiteren CDU-Antrages schließt sich an: Es geht um die **Vorbereitung der LKW-Maut** (Drs. 15/3662). Die Landesregierung soll in der Tagung schriftlich und mündlich berichten, wie der Stand der Vorbereitungen zur Einführung der Maut ab 1.1.2005 ist.

Am Nachmittag geht es dann zunächst um ein **Luftverkehrskonzept** für Schleswig-Holstein. Grundlage ist ein Antrag der FDP-Fraktion (Drs.

15/3634), mit dem sie einen Bericht der Landesregierung zur Weiterentwicklung des Flugverkehrs von und nach Schleswig-Holstein fordert. Anschließend wird in Erster Lesung über einen Gesetzentwurf der Landesregierung beraten. Es geht um die Ausführungsbestimmungen des **Zweiten Buches Sozialgesetzbuch** für Schleswig-Holstein (Drs. 15/3649). Hintergrund sind die im Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (sog. Hartz IV) vom Bund vorgegebenen Änderungen, die in Landesrecht umgesetzt werden müssen. Der Gesetzentwurf soll unter anderem sicherstellen, dass die mit Hartz IV vorgesehene finanzielle Entlastung der Kommunen realisiert wird.

Um den Arbeitsmarkt geht es auch beim nächsten Thema: Die FDP-Fraktion hat unter der Überschrift **Mehr Anreize für Arbeit setzen** einen Forderungskatalog an die Regierung vorgelegt (Drs. 15/3635). Zusätzlich zu Hartz IV soll die Landesregierung demnach eine wirksamere aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben und mehr Anreize für Unternehmen bieten, damit zusätzliche Arbeitskräfte einstellen.

Danach geht es um die Energiewirtschaft. SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern in einem Antrag: **Strommarkt braucht eindeutige Wettbewerbsregeln** (Drs. 15/3639). Hintergrund sind die Beratungen über ein Energiewirtschaftsgesetz auf Bundesebene entsprechend den Binnenmarkt Vorgaben der Europäischen Union. Die Regierungskoalition in Kiel fordert nun unter anderem, die Genehmigung der Stromtarife auch künftig zur Pflicht zu machen. Sollte das nicht möglich sein, wird gefordert, die Vergleichskriterien für die Tarife auszuweiten. Ziel ist es, zu einem tatsächlichen Wettbewerb auf dem Strommarkt zu kommen.

Beim nächsten Thema geht es um die **akustische Wohnraumüberwachung** („großer Lauschangriff“). Die FDP-Fraktion hat einen Antrag dazu vorgelegt und fordert eine **Änderung der Strafprozessordnung zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 3. März 2004** (Drs. 15/3636). Es soll unter anderem erreicht werden, dass Abhörmaßnahmen erst ergriffen werden dürfen, wenn eine besonders schwere Straftat mit einer Höchststrafe von mindestens fünf Jahren vorliegt.

Am **Donnerstag, 23. September**, geht es zunächst um den **Agenda 21- und Klimaschutzbericht 2004**, den die Landesregierung einmal pro Legislaturperiode vorlegt (Drs. 15/3551). Der dreihundert Seiten starke Bericht geht auf alle Bereiche ein, die mit der Klimaschutz- und Energiepolitik zu tun haben. Die Schwerpunkte der Regierungspolitik werden in einem 21-Punkte-Programm zusammenfassend dargestellt. Unter anderem wird angestrebt, bis zum Jahr 2010 den Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien auf 50 Prozent ansteigen zu lassen.

Nächstes Thema ist die **KFZ-Steuer**. Die Regierungsfaktionen haben beantragt, dass die Landesregierung über den Stand der Beratungen auf Bundesebene mündlich berichtet (Drs. 15/3637). Hintergrund: Die Einnahmen aus der KFZ-Steuer (ca. 7,8 Mrd. Euro) stehen bislang den Ländern zu. Die Länder sind bereit, diese Steuer dem Bund zu überlas-

sen und wollen im Gegenzug die Einnahmen aus der Versicherungssteuer (ca. 8,8 Mrd. Euro) zu übernehmen. Damit wäre auf Bundesebene der Weg frei, die KFZ-Steuer abzuschaffen und dafür die Mineralölsteuer zu erhöhen. Dann richtet sich die Steuer nach dem Verbrauch des Motors und der Fahrleistung. Die Konferenz der Finanzminister hatte Schleswig-Holstein beauftragt, Vorschläge zur Umschichtung der Steuer zu erarbeiten.

In Zweiter Lesung wird anschließend über das **Gesetz über in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten** (Drs. 15/3342) beraten. Hierzu hat der federführende Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Regierungsfractionen eine Beschlussempfehlung (Drs. 15/3644) abgegeben. Hintergrund ist der geplante Verkauf von NordwestLotto an die Investitionsbank Schleswig-Holstein. Ein Teil der Einnahmen aus den Konzessionsabgaben soll für gemeinnützige Zwecke wie z.B. die Sportförderung ausgegeben werden.

Am Nachmittag geht es in Erster Lesung um das **Gesetz zur Umwandlung der Muthesius-Hochschule in eine Kunsthochschule** (Drs. 15/3657). Der Gesetzentwurf wird von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN eingebracht. Damit folgt das Land einer Empfehlung des Wissenschaftsrates aus dem Juli 2004. Die Muthesius-Hochschule ist die einzige der neun staatlichen Hochschulen im Lande, die grundständige Studiengänge im bildnerisch-künstlerischen Bereich anbietet.

Danach befasst sich das Parlament mit dem **Bericht der Investitionsbank** über das Geschäftsjahr **2003** (Drs. 15/3522).

Die **Untätigkeitsklage im Sozialgerichtsgesetz (SGG)** ist für Bürgerinnen und Bürger eine Möglichkeit, auf die rechtzeitige Bearbeitung von Widersprüchen bei Krankenkassen zu dringen. Der SSW hat einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/3655), wonach die Landesregierung sich über den Bundesrat für eine andere Fassung des entsprechenden Paragraphen (§ 88) einsetzen soll. Ziel ist es, die gesetzlichen Krankenkassen zu schnelleren Bearbeitungszeiten zu bringen. Der SSW greift damit eine Anregung der Bürgerbeauftragten für Soziale Angelegenheiten auf, die im Jahresbericht 2002 enthalten war.

Nächstes Thema ist der **Erlass einer Kormoranverordnung**, der von der CDU-Fraktion gefordert wird (Drs. 15/3661). Ziel ist es, die Population des Kormoran zu reduzieren, um die durch Kormorane entstehenden fischereiwirtschaftlichen Schäden zu verringern. Eine entsprechende Verordnung legt die CDU mit dem Antrag im Entwurf vor.

Danach berät der Landtag auf Antrag von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN über die **Integrierte Versorgung im Gesundheitswesen** (Drs. 15/3656). Die Landesregierung soll dem Landtag mündlich über die Umsetzung der entsprechenden Vorschrift im Sozialgesetzbuch (SGB) V berichten. Ziel ist es, die starre Abgrenzung zwischen einzelnen Versorgungsangeboten und Sozialleistungszweigen im Gesundheitswesen zu überwinden.

In Zweiter Lesung wird anschließend über eine von der CDU beantragte **Änderung des Rundfunkgesetzes** beraten. Der Innen- und Rechtsausschuss hat hierzu eine Beschlussempfehlung abgegeben (Drs. 15/3645). Ziel ist es unter anderem, für die Fernsehberichterstattung über das Land sicher zu stellen, dass Gestaltung und Produktion der Sendebeträge in Schleswig-Holstein erfolgen.

Am **Freitag, 24. September**, geht es zunächst um einen FDP-Antrag zur **Universalwerft HDW in Kiel** (Drs. 15/3633). Darin wird die Landesregierung aufgefordert, sich für den Erhalt der Universalwerft einzusetzen. Hintergrund ist die geplante Fusion mit ThyssenKrupp und die mögliche Beschränkung auf den Bau von U-Booten. Mit der Abkehr vom zivilen Schiffbau wären hunderte von Arbeitsplätzen gefährdet. Derzeit hat die Werft ca. 3200 Mitarbeiter.

Nächster Punkt ist die Zweite Lesung des **Gesetzes zur Umwandlung psychiatrischer Einrichtungen und Entziehungsanstalten (PsychE-UmwG)**. Der Sozialausschuss hat dazu eine Beschlussempfehlung mit einigen Änderungen zur Regierungsvorlage vorgelegt (Drs. 15/3641). Damit kann die Privatisierung der entsprechenden Fachklinika vollzogen werden.

Ein **stärkeres Angebot von Wohnformen für ältere Menschen** fordert die CDU-Fraktion in einem Antrag (Drs. 15/3658). Neben betreuten Wohnanlagen sollen demnach auch Generationenprojekte unterstützt werden.

Ein weiterer CDU-Antrag fordert die **Teilfortschreibung des Landesraumordnungsplans insbesondere zu Einkaufseinrichtungen größeren Umfangs** (Drs. 15/3659).

Anschließend geht es in Erster Lesung um die von der Regierung eingebrachte **Änderung des Verwaltungskostengesetzes und des Kommunalabgabengesetzes** (Drs. 15/3625). Mit einigen landesrechtlichen Änderungen sollen Mehreinnahmen erzielt werden. Durch die Erweiterung der Ausnahmen von der persönlichen Gebührenfreiheit werden bisher gebührenbefreite Privilegierte künftig zu Gebührenzahlungen herangezogen werden können. Dies geschieht im Vorgriff auf eine umfangreiche Änderung des Verwaltungskostengesetzes auf Bundesebene.

Es folgt die Beratung über den **Tätigkeitsbericht der Technologiestiftung über das Jahr 2003** (Drs. 15/3651).

Am Nachmittag steht zunächst die **Kooperation im Ostseeraum** auf dem Programm. Landtagspräsident Heinz-Werner Arens berichtet von der jüngsten Ostseeparlamentarierkonferenz, die vom 29. - 31. August in Bergen (Norwegen) stattgefunden hat. Die dort verabschiedete Resolution liegt den Abgeordneten zur Kenntnis vor (Drs. 15/3650). Zugleich wird über den Bericht der Landesregierung zu den **Ostseeaktivitäten 2003/2004** (Drs. 15/3533) debattiert.

In Erster Lesung wird danach über eine Änderung des **Gesetzes über die Freiheit des Zugangs zu Informationen (Informationsfreiheitsgesetz)** beraten, die der SSW vorgelegt hat (Drs. 15/3653). Der SSW fordert darin, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf Informationen über alle öffentlichen Aufgaben bekommen. Während das Informationsfreiheitsgesetz" (IFG) heute schon den Informationszugang zu Behörden eröffnet, sollen zukünftig auch Daten von privaten Unternehmen zugänglich sein, wenn sie öffentliche Aufgaben erledigen. Die Änderung betrifft unter anderem Eisenbahnen und Flughafengesellschaften.

Die Einführung eines Pflege-TÜV in Schleswig-Holstein fordert die FDP-Fraktion in einem Antrag zur **Stärkung der Pflegequalität in Schleswig-Holstein** (Drs. 15/3632). Gefordert wird unter anderem der Aufbau einer ganzheitlichen Pflege- und Hilfeinfrastruktur im Lande.

Letztes Thema der Tagung ist die **Patentverwertungsagentur der schleswig-holsteinischen Hochschulen**. Dazu hat die FDP einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/3640), in dem sie fordert, dass das Land diese Agentur auch über 2004 hinaus bezuschusst. Damit werde die wirtschaftliche Nutzung von Forschungsleistungen verstärkt. Für Hochschulen bedeute die Patentanmeldung mittelfristig die Erschließung einer neuen Einnahmequelle.

**Weitere Informationen liefert die Landtagspressestelle ab Dienstag Nachmittag im Internet unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) bei *plenum online*.**

**Kiel TV (vormals *Offener Kanal Kiel*) überträgt die Plenartagung wie gewohnt live im Fernsehen.**

## Reihenfolge der Beratung der 46. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch **Fettung** hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
<b>Mittwoch, 22. September 2004</b>			
<b>1</b>	<b>Aktuelle Stunde</b>	<b>90</b>	<b>10:00</b>
<b>26</b>	<b>Nachtrag zu den Haushalten 2004/2005</b>	<b>60</b>	<b>11:30</b>
28	Vorbereitung der LKW-Maut	30	12:30
<b>13</b>	<b>Luftverkehrskonzept</b>	<b>60</b>	<b>15:00</b>
8	Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch/ Änderung und Aufhebung anderer Rechtsvorschriften	30	16:00
14	Anreize für mehr Arbeit setzen	30	16:30
18	Strommarkt braucht eindeutige Wettbewerbsregeln	30	17:00
15	Änderung der Strafprozessordnung zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts	30	17:30
<b>Donnerstag, 23. September 2004</b>			
<b>32</b>	<b>Agenda 21- und Klimaschutzbericht 2004</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
16	Kfz-Steuer vereinfachen	30	11:00
3	Gesetz über in öffentlicher Trägerschaft veranstaltete Lotterien und Sportwetten	35	11:30
29	Veräußerung der Kommanditanteile an der GmbH & Co. KG NordwestLotto Schleswig-Holstein	35	12:05
<b>10</b>	<b>Gesetz zur Umwandlung der Muthesius-Hochschule in eine Kunsthochschule</b>	<b>60</b>	<b>15:00</b>
30	Bericht der Investitionsbank 2003	30	15:30
22	Untätigkeitsklage im Sozialgerichtsgesetz	30	16:00
27	Erlass einer Kormoranverordnung	30	16:30
23	Integrierte Versorgung im Gesundheitswesen	30	17:00
4	Änderung des Rundfunkgesetzes	30	17:30
<b>Freitag, 24. September 2004</b>			
<b>12</b>	<b>Universalwerft HDW in Kiel</b>	<b>30</b>	<b>10:00</b>
2	Gesetz zur Umwandlung psychiatrischer Einrichtungen und Entziehungsanstalten	35	10:30
24	Angebot von Wohnformen für ältere Menschen	30	11:05
25	Teilfortschreibung des Landesraumordnungsplans	30	11:35
6	Änderung des Verwaltungskostengesetzes und des Kommunalabgabengesetzes	30	12:05
39	Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein	30	12:35
<b>31</b>	<b>Kooperation im Ostseeraum</b> a) Bericht des Landtagspräsidenten über die 13. Ostseeparlamentarierkonferenz in Bergen b) Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2003/2004 (Ostseebericht 2004)	<b>70</b>	<b>15:00</b>
<b>9</b>	<b>Änderung des Gesetzes über die Freiheit des Zugangs zu Informationen</b>	<b>60</b>	<b>16:10</b>
11	Stärkung der Pflegequalität in Schleswig-Holstein	30	17:10
19	Patentverwertungsagentur der Hochschulen	30	17:40

**Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen;** die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		angemeldete Redezeit
5	Gesetz zur Aufhebung des Preußischen Wohnungsgesetzes	5
7	Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes	-
17	Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie	-
20	Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein	-
21	Förderung des ländlichen Raumes	-
33	Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels	5
34	Trägerunabhängige Pflegeberatungsstellen	5
35	Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht 2002 und Bemerkungen 2004 des Landesrechnungshofes	5
36	Sechster Forstbericht	5
37	Baumaßnahmen der DB AG und ihrer Tochterunternehmen	5
38	Haus der Kulturverbände	5
40	Erhalt der Tarifautonomie im öffentlichen Dienst	5